



02/21

JOURNAL DER
FDP FRAKTION
IM THÜRINGER
LANDTAG

WIEDER
LEBEN IN DIE
INNENSTÄDTE
BRINGEN

SEITE 4/5



zu Thüringen!

**Ein Plädoyer für
Freiheit und
Verantwortung**

Thomas L. Kemmerich

VORGESTELLT:

DIE FDP FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG



Thomas L. Kemmerich

Fraktionsvorsitzender

„Die Freiheit gehört zur DNA der Freien Demokraten – und damit auch die soziale Marktwirtschaft. Sie ist der Schlüssel, um die Wirtschaftskreisläufe nach der Pandemie zu beleben und Arbeitsplätze zu sichern. Handwerk, Gewerbe und Industrie muss ermöglicht werden, Wertschöpfung zu betreiben statt auf tröpfelnde Hilfen zu warten.“

Thomas L. Kemmerich bringt sowohl seine Erfahrung als Politiker als auch als Vertreter der Wirtschaft in die Landespolitik ein. Bereits 2009 bis 2013 gehörte er für die FDP dem Thüringer Landtag an. Seit 1990 ist er in Erfurt selbständig. Der gebürtige Aachener lebt seitdem im Freistaat Thüringen. Er ist hier familiär tief verwurzelt.

So erreichen Sie Thomas L. Kemmerich:
Liebknechtstraße 16a
99085 Erfurt
Telefon: (03 61) 3 45 59 19
E-Mail: tlk.wk@fdplth.de

Franziska Baum

Bildungspolitische Sprecherin

„Wir stehen vor einem großen gesellschaftlichen Wandel. Es wird Zeit zu erkennen, dass jeder Einzelne aktiv daran mitwirken kann, so dass es ein Wandel zum Vorteil aller wird.“

Franziska Baum vertritt die Fraktion im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, im Ausschuss für Justiz, Migration und Verbraucherschutz sowie im Verfassungsausschuss. In den pandemiebedingten Entwicklungen sieht sie über die Nebenwirkungen hinaus eine Chance dafür, veraltete Strukturen und Systeme über Bord zu werfen. Es gilt an der Zukunft Thüringens zu bauen. Und dafür braucht es heute und zukünftig in erster Linie engagierte und neugierige Menschen. Darum setzt sie sich für ein handlungsfähiges, modernes und zukunftsweisendes Bildungswesen ein, in dem sich alle Akteure ihrer Verantwortung bewusst sind.

So erreichen Sie Franziska Baum:
Altendorf 60
99734 Nordhausen
Telefon: 0171 260 34 98
E-Mail: mail@franziskabaum.de
Internet: www.franziskabaum.de

Robert-Martin Montag

Parlamentarischer Geschäftsführer

„Ich engagiere mich für eine Politik, die etwas möglich macht. Nichts nervt mich mehr, als politisches Kleinklein um die Frage, weshalb Dinge nicht funktionieren. Ich stehe dafür, einem Problem stets eine funktionierende Lösung gegenüberzustellen.“

Der gebürtige Erfurter wuchs in der Bergstadt Ruhla auf, studierte Politikwissenschaft, Soziologie sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Jena und Istanbul und arbeitete als Referent für die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag. Seit 2002 engagiert er sich für die Idee der Freiheit. 2019 wurde Montag zum Generalsekretär der FDP Thüringen gewählt. Beruflich wirkte er im Gesundheitswesen. Dort beschäftigte er sich vor allem mit der Frage, wie man eine flächendeckende medizinische Versorgung sicherstellen kann.

So erreichen Sie Robert-Martin Montag:
Salzunger Straße 1
36433 Bad Salzungen
Telefon: (0160) 1 54 18 87
E-Mail: wk@robert-martin-montag.de

Dr. Ute Bergner

Umweltpolitische Sprecherin

„Auch wenn die Talsohle vorerst durchschritten scheint, sind wir es den Bürgern schuldig, verantwortungsvoll mit Steuergeldern umzugehen. Und dazu gehört auch ein Landeshaushalt mit konkret umzusetzten Maßnahmen und Positionen.“

Ute Bergner engagiert sich neben der Finanz- und Haushaltspolitik vor allem in der Umweltpolitik und im Petitionswesen für die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag. In den Parlamentsdebatten wirbt sie immer wieder für einen klugen Mix aus regenerativen Energien und Alternativkonzepten zur Windkraft im Wald. Ihr Credo: Die Welt im Ganzen erfassen und freiheitlich gestalten.

So erreichen Sie Dr. Ute Bergner:
Gabelsberger Straße 9
07749 Jena
Telefon: (0 36 41) 8 73 41 70
E-Mail: politik@vacom.de

Dirk Bergner

Vizepräsident des Landtags

„Demokratie lebt davon, sich einzumischen. Ich stehe für die Freiheit vor Ort, dafür, dass die Thüringerinnen und Thüringer in allen Regionen gleichwertige Chancen vorfinden, ihr Leben zu gestalten. Thüringen verfügt über tolle Städte, aber eben auch über weite ländliche Räume. Mir ist besonders wichtig, dass Stadt und Land auf Augenhöhe agieren können. Dabei sind mir gute Bedingungen sowie Respekt für Land- und Forstwirtschaft ein Herzensanliegen.“

Dirk Bergner ist Bauingenieur, Freiberufler, stellvertretender Landesvorsitzender der FDP, Fraktionsvize, Innenpolitiker sowie Mitglied im Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten. Seit 26 Jahren betreibt er ehrenamtlich Kommunalpolitik, darunter 10 Jahre als Bürgermeister von Hohenleuben. Seit 2004 ist er Kreistagsmitglied in Greiz.

So erreichen Sie Dirk Bergner:
Markt 6
07973 Greiz
Telefon: (0 36 61) 4 53 99 69
E-Mail: wk@dirk-bergner.de

NIE GAB ES MEHR ZU TUN.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

manche Menschen meinen, die ganze Welt lasse sich in einer einzigen Zahl ausdrücken. Und das ist die 3,141592653589793 ... Pi, so heißt diese Zahl, ist legendär. Seit fast 2300 Jahren versuchen Menschen, sie exakt zu bestimmen. Längst wissen wir, dass das niemals mit letzter Gewissheit gelingen kann: Pi hat hinter dem Komma unendlich viele Stellen. Im Kosmos der Mathematik gibt es freilich auch andere, scheinbar leichter zu fassende Zahlen. Zum Beispiel die 35.

Ich habe die Fünfunddreißig nicht willkürlich ausgewählt. Ich bin über sie gestolpert. Die Stolperstellen befinden sich in der Corona-Verordnung des Freistaats Thüringen. In ihr taucht die 35 immer wieder auf. Sie steht für einen sogenannten Inzidenzwert. Die 35 markiert eine jener Grenzen, die die rot-rot-grüne Landesregierung setzt, um weiterhin unglaublich viele Einschränkungen des gesellschaftlichen und privaten Lebens zu rechtfertigen.

Tatsächlich gibt es überhaupt keine Veranlassung, angesichts einer 35er Inzidenz zu erstarren wie das Kaninchen vor der Schlange. Der Grenzwert ist nicht wissenschaftlich begründet, er wurde politisch festgesetzt. Das sklavische Festhalten an ihm erzählt vor allem eines: Die Pandemie soll weiterhin bürokratisch verwaltet werden. Offenbar hat die Landesregierung noch immer nicht verstanden, dass der Schlüssel zum Leben in Corona-

Zeiten keineswegs in einer Regulierungswut zu finden ist. Er beruht vielmehr auf einer ausgewogenen Balance von individueller Freiheit und gemeinsamer Verantwortung.

Warum bringt das Kabinett den Menschen nicht jenes Vertrauen entgegen, das sie sich während der Pandemie redlich verdient haben? Thüringen braucht keine kleinkarierten Regelungen und auch keine ausufernden Verbote. Thüringen braucht vor allem mehr Tempo bei der Normalisierung des Alltags. Wir Freie Demokraten lassen nicht locker, wegweisende Maßnahmen immer wieder aufs Neue einzufordern. Auch davon erzählt dieses Journal.

Wann wird's mal wieder richtig Sommer, ein Sommer wie er früher einmal war? So heißt es nicht nur in einem altbekannten Schlager. Das fragen sich auch viele Menschen, und sie meinen damit keineswegs nur das Wetter. Davon unbenommen ist und bleibt Pi eine wunderbare, eine magische Zahl. Zumindest diese Zahlengläubigkeit gefällt mir gut.

Bleiben Sie gesund! Es grüßt Sie herzlich

Ihr Thomas L. Kemmerich

Fraktionsvorsitzender der FDP Fraktion im Thüringer Landtag

Innenstädte neu beleben

Auch wenn sich das öffentliche Leben wieder zu normalisieren beginnt, werden wir noch lange mit den Folgen der Pandemie leben müssen. Wie können wir Einzelhändlern und Gastronomen helfen – und damit uns allen nützen?

SEITE 4

Hoffen allein, das ist zu wenig

Schüler, Eltern und Lehrer erleben das härteste Schuljahr seit Jahrzehnten. Ende Juli geht es in die Ferien. Für ein großes Aufatmen ist es dennoch zu früh. Über allem steht die bange Frage, wie es ab September weitergeht.

SEITE 6

Hand in Hand mit dem Handwerk

Nahezu 30.000 Betriebe, 150.000 Beschäftigte und 6.400 Auszubildende gehören zum Thüringer Handwerk. Trotzdem fehlt ihm oft die Anerkennung. Das möchten wir ändern. Ein Meister muss so viel wert sein wie ein Master.

SEITE 11

Schluss mit der Zettelwirtschaft

Thüringen verharnt noch immer im digitalen Steinzeitalter. Das hat uns die Pandemie stärker denn je vor Augen geführt. Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie ist eine Mega-Aufgabe, die unser aller Leben erleichtern wird.

SEITE 12

Wer das Land ernährt ...

... dem gebührt Respekt. In der Agrarpolitik geht es nicht allein um Tierwohl und Umweltschutz, sondern ebenso um den Beitrag, den die Landwirte zum Erhalt unserer Kulturlandschaft leisten.

SEITE 14

Mit gesundem Menschenverstand

Ein Apfel am Tag hält den Doktor fern. Viele glauben daran. Doch bedeutet Gesundheit nicht mehr, als Obst zu essen? Und wie kann die Politik dazu beitragen, die Meinungsbildung zur Frage zu fördern, was überhaupt gesund ist?

SEITE 16



WIEDER LEBEN IN UNSERE INNENSTÄDTE BRINGEN

Lebendige Ortskerne und Innenstädte sind essentiell für das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Herausforderungen, denen die über 600 Kommunen in Thüringen gegenüberstehen, sind nicht neu. Deshalb wirken die Pandemie-Maßnahmen wie ein Brandbeschleuniger. Zahlreiche Innenstadt-Initiativen und neue Konzepte machen Hoffnung.

“Die New Yorker feiern fünf Tage lang im Central Park, ganz Paris wird zu Terrasse. Was in diesen Metropolen geschieht, ist auch in Thüringen möglich und erforderlich: Wir sollten alles dafür tun, den Menschen ein beschwingtes Lebensgefühl zurückzugeben. Wir brauchen eine Wiederbelebung unserer Innenstädte, der kleinen ebenso wie der großen. Unkonventionelle Ideen sind gefragt – und keine Knöllchenjäger“, sagt Thomas L. Kemmerich. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion besucht immer wieder Unternehmer, um über deren Probleme in der Krise zu sprechen. Darunter waren auch Einzelhändlerinnen wie die Inhaberin der Modeboutique Kauflust, Anja Scheinpflug.

Wie viele andere auch, hat sie das Wegsterben von Geschäften in der Erfurter Innenstadt hautnah miterlebt. Bei einem Spaziergang durch die Altstadt fällt schnell auf: Der zunehmende Leerstand sowie die wachsende Monotonie durch Filialisierung in den Top-Lagen zeichnen schon lange kein lebendiges Bild mehr. Stattdessen fallen die zahlreichen „Todesanzeigen“ in den Schaufenstern der Ladenbetreiber ins Auge. Doch wie kann ein erster Schritt in Richtung Veränderung aussehen?

Anja Scheinpflug ist überzeugt: „Wenn wir den Einzelhandel halbwegs retten wollen, müssen wir mit dem Tourismus Hand in Hand gehen“.

Eine Tourismus-App hat das Land bereits, doch das allein reicht nicht, um mehr Urlauber von Thüringen zu überzeugen. „Thüringen hat kein Attraktivitätsproblem, Thüringen hat ein Vermarktungsproblem. Das, was wir jetzt brauchen, ist ein Neustart. Millionen Menschen möchten endlich wieder ein paar Tage Urlaub machen. Ihre Aufmerksamkeit gilt es mit geeigneten Marketingmaßnahmen gezielt zu wecken“, sagt Thomas L. Kemmerich. Ein Miteinander braucht es also, damit wir uns in kleinen Schritten dem wichtigen Ziel, unsere Innenstädte wieder zu attraktiven Mittelpunkten zu gestalten, nähern. Sie sind aber noch mehr als das. Innenstädte sollen Freizeit- und Erlebnisraum sein, Versorgungs- und Einkaufsflächen bieten und durch die Verbindung zwischen historischer und moderner Stadtgestaltung eine Aufenthaltsqualität bereitstellen, die soziales Miteinander nicht nur ermöglicht, sondern auch fördert. Mithilfe welcher Maßnahmen das gelingen kann, hat die FDP-Fraktion in einem 9-Punkte-Programm zusammengefasst.

9 PUNKTE FÜR DEN NEUSTART IN DEN STÄDTEN

1. GASTRONOMIE UNTERSTÜTZEN
Wer verlässliche Hygienekonzepte umsetzt, muss öffnen dürfen – sowohl Außen- als auch Innenbereiche. Um die Präsenz der Gastronomie zu stärken, sieht die FDP-Fraktion außerdem eine gute Möglichkeit in Verkaufsständen, in denen sich gastronomische Anbieter und Händler regionaler Speisen abwechseln. Diese Stände können dauerhaft mit ausreichend Abstand auf Plätzen und temporär bei öffentlichen Veranstaltungen aufgestellt werden.

2. EINZELHANDEL STÄRKEN
Der Einzelhandel ist der Besuchermagnet in Ortskernen. Die Ungleichbehandlung des stationären Einzelhandels gegenüber dem Onlinehandel muss vermehrt ins Bewusstsein der Politik, der Planer und der Kommunen rücken. Das Ziel muss eine Stärkung durch Entlastung bei Auflagen und Abgaben für den stationären Handel sein.

3. KULTURELLES LEBEN
Kultur gebührt in unserem Alltag ein besonderer Platz. Dazu gehören nicht nur Museen und Theater, sondern die gesamte Veranstaltungsbranche sowie das immer breiter werdende Spektrum der Soziokultur. Wir sollten auch in Pandemiezeiten kleine Besuchergruppen in Museen und Theatern zulassen, selbstverständlich bei Einhaltung von Hygienevorschriften. Auch Veranstaltern muss es erlaubt sein, kreative Angebote umzusetzen. Gerade der durch solche Angebote entstehende Wohlgefühl-Charakter ist wichtig in ohnehin harten Krisenzeiten.

4. MÄRKTE AUFLEBEN LASSEN
Um das Leben in die Städte zurückzuholen, setzen sich die Freien Demokraten für die Durchführung zusätzlicher verkaufsoffener Sonntage sowie von Basaren, Floh- und Trödelmärkten ein. Diese Veranstaltungen beleben die Städte an Wochenenden und Feiertagen zusätzlich. Die Landesregierung muss die rechtlichen Voraussetzungen für zusätzliche verkaufsoffene Sonntage schaffen.

5. SPORTVERANSTALTUNGEN FÖRDERN
Sport verbindet Menschen. Umso wichtiger ist es, dass Sportveranstaltungen in das gesellschaftliche Leben integriert werden. Ob Rennsteiglauf, Skisport oder die Thüringer-Rundfahrt – diese Events zeichnen unser Land aus. Sie sollten in Kooperation mit lokalen Einzelhändlern vermarktet werden.

6. REGIONALITÄT UNTERSTREICHEN
Damit die Städte nach außen wirken, bedarf es nicht nur einer Verbindung zwischen der Städtekette Eisenach-Gotha-Erfurt-Weimar-Jena-Gera und dem ländlichen Bereich, sondern auch einer Vernetzung und Zusammenarbeit der Gemeinden. Das Schaffen einer effektiven Marketingstruktur (auf analogem und digitalem Weg) sowie die Unterstützung von Vereinen durch Landesmittel ist unerlässlich, um Strahlkraft zu gewinnen.

OHNE UNS STIRBT ERFURT!

— UNS WIRD DIE EXISTENZ GERAUBT —

Städtischer Einzelhandel, Kultur, Gastronomie, Friseur & Kosmetik, Film- und Fotografiebranche

Stiller Hilfeschrei in Erfurt. Viele Einzelhändler plakatierten ihre Fenster, um gegen das Sterben der Innenstädte zu protestieren.

7. WETTBEWERBSKONZEPTE ERSTELLEN

Das leckerste Eis der Stadt, das schönste Schaufenster, die attraktivste Weihnachtsmarktstube – so könnten einfache organisierende Wettbewerbe lauten. Sie bescheren nicht nur lokale Aufmerksamkeit, sondern bringen Thüringens Regionalität auch weit über die Landesgrenzen hinaus zum Strahlen.

8. INFRASTRUKTUR AUSBAUEN
Die schönsten Innenstädte nützen nichts, wenn sie keiner besucht. Die FDP-Fraktion setzt sich für eine verbesserte Taktung des ÖPNV ein, sodass insbesondere die ländlichen Regionen besser vernetzt werden. Ausschilderungen zu Park and Ride-Plätzen sollen einen reibungslosen Verkehr sicherstellen, eine App alle Parkmöglichkeiten auflisten. Die Freien Demokraten fordern zudem, dass versprochene Fördermittel auch tatsächlich für den Radwegeausbau genutzt werden.

9. VERNETZUNG DURCH DIGITALISIERUNG

Digitales Marketing ist nicht mehr wegzudenken. In einer App und auf einer Website sollen deshalb Einzelhändler und Gastronomen strukturiert dargestellt werden. Parkmöglichkeiten, Fahrpläne für ÖPNV sowie das Rad- und Wanderwegenetz könnten hier problemlos eingebunden, beliebig erweitert werden und zu einem attraktiven Marketing-Konzept beitragen.

HOFFEN ALLEIN, DAS IST ZU WENIG



Schüler, Eltern und Lehrer erleben das härteste Schuljahr seit Jahrzehnten. Ende Juli geht es in die Ferien. Für ein großes Aufatmen ist es dennoch zu früh. Über allem steht die bange Frage, wie es ab September weitergeht. Die Bildungsexpertin der FDP-Fraktion unterbreitet fünf konkrete Vorschläge.

Das jetzt endende Schuljahr war von Unsicherheit und sich ständig ändernden Regeln geprägt. Ist das normal in einer Krise? Muss Bildung in einer pandemischen Lage genau so sein? „Niemand kann mit Gewissheit vorhersagen, wie sich das Infektionsgeschehen künftig entwickelt. Natürlich hoffe auch ich, dass es wieder einen uneingeschränkten Präsenzunterricht geben wird“, sagt Franziska Baum.

„Aber Hoffen allein, das ist mir entschieden zu wenig. Wenn uns das Jahr mit Corona eines gelehrt hat, dann dies: Wir müssen auf alle Situationen vorbereitet sein.“ Die zentrale Frage ist und bleibt für sie, Schülern unter allen Bedingungen ein volles Bildungs- und Betreuungsangebot zu ermöglichen. Schulen müssen in der Lage sein, jederzeit

einen variablen, auf die jeweilige Situation angepassten Mix von Präsenz- und Distanzunterricht anzubieten.

„Wir haben gesehen, welche Kreativität die Schulen aufgrund der Notsituation entwickelt haben. Ihnen sollten wir daher weiterhin großes Vertrauen entgegen bringen. Dennoch bedarf es klarer Regeln und erst recht viel Unterstützung bei deren Umsetzung“, betont die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Die Forderung nach pandemiefesten Bildungsangeboten haben die Freien Demokraten erstmals im April 2020 erhoben. Das Vorhaben war lange Zeit politisch blockiert worden. Nach einem Jahr beharrlicher Arbeit im Fachausschuss naht doch noch der Erfolg. Nun bringen fünf Fraktionen einen solchen Forderungskatalog gemeinsam in den Landtag ein; damit ist breite Zustimmung gewiss.



WIR SORGEN FÜR FRISCHE LUFT IN KLASSENÄUMEN

Die Luft in Klassenzimmern ist nicht erst seit der Pandemie ein Thema. Der Sauerstoffgehalt in einem vollbesetzten Raum sinkt minütlich. Und das ist für das Lernen nicht gut. Lüften über geöffnete Fenster ist nur an wärmeren Tagen wirklich praktikabel. Ansonsten sitzen Kinder immer wieder in Jacken und mit Schals im Unterricht, wenn eine pandemiebedingte Lüftungspause eingelegt werden muss. Es müssen also neue Konzepte für frische Luft im Klassenzimmer her. Die Landesregierung muss die Schulträger dabei umsetzungsorientiert unterstützen.

„Wir Freie Demokraten fordern seit mehr als einem Jahr, dass die Landesregierung ein umfassendes Konzept zur pandemiefesten Bildung erarbeitet. Auch wenn wir die Pandemie hoffentlich bald besser im Griff haben, bleiben von den Ideen noch einige übrig, die Schule besser machen können.“

Franziska Baum

WIR SETZEN AUF ATTRAKTIVE LERNPLATTFORMEN

Lernmanagement-Systeme sind in Pandemiezeiten so etwas wie ein Schulgebäude. Sie sind der Ort, an dem Lernen und Unterricht stattfinden. Eine Lernplattform löst aber auch zu normalen Zeiten einige Probleme. Sie schafft Transparenz in der Kommunikation zwischen Lehrkräften, Eltern und Schülern. Sie ermöglicht die Teilhabe am Unterricht trotz Krankheit und sie vermittelt den Umgang mit IT-Systemen. Es braucht mehr davon und es braucht einen Erfahrungsaustausch unter den Schulen. So wird eine innovative Weiterentwicklung von Schule möglich.

WIR MACHEN AUS DER NOTLÖSUNG EIN ZUKUNFTSMODELL

„Das Schöne am Wechselunterricht waren die kleinen Klassen. Auf einmal konnte ich ganz anders auf die Kinder eingehen“, so berichtet eine Lehrerin. Warum nutzen wir die Erfahrungen aus der Pandemie nicht für die Weiterentwicklung von Schule? Statt einer Notlösung könnte Wechselunterricht auch einfach ein Modell der Zukunft sein. Dafür braucht es Freiraum für offenes Lernen in der Schule oder auch außerhalb, während die halben Klassen wieder echte pädagogische Arbeit mit einer heterogenen Schülerschaft ermöglichen.

WIR MACHEN AUS SCHULEN SICHERE UND SAUBERE ORTE

Erinnern wir uns an den Aufschrei am Anfang der Pandemie. Da durften wir feststellen, dass in vielen Schulen sogar das richtige Händewaschen eine Herausforderung darstellt. Das darf uns nicht wieder passieren. Schulen sollen saubere und sichere Orte sein und vor allem sollen sie so ausgestattet sein, dass alle Kinder sehen, wie wichtig Bildung ist.

WIR ERMÖGLICHEN UNKOMPLIZIERT NACHHILFE

Gerade in den nächsten Wochen werden wir den Ängsten vieler Schüler begegnen müssen, die sich um ihren Abschluss sorgen. Es braucht Angebote für alle, die Lernrückstände aufholen wollen. Das Vorhaben der Thüringer Landesregierung, Schülern in den Sommerferien Kurse anzubieten, ist allenfalls ein erster Schritt. Ein Baustein eines umfangreichen Lernkatalogs soll ein Förderprogramm sein, das die FDP-Fraktion vorgeschlagen hat. Alle Schüler, die dies möchten, sollen bis zu 500 Euro für Angebote von außerschulischen Bildungsanbietern nutzen dürfen. Sie können sich damit Unterstützung holen, wann, wo und wie sie diese brauchen. Das muss unkompliziert und schnell möglich sein. Der Vorschlag stößt leider im Landtag bisher auf Ablehnung.

GRUNDWORTSCHATZ FÜR GRUNDSCHÜLER

Immer wieder kommt es vor, dass Kinder am Ende der Grundschule nicht richtig lesen und schreiben können. Liegt dies daran, dass Thüringer Schulen verschiedene Methoden zur Vermittlung der Rechtschreibung umsetzen? Die FDP-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, einen Beteiligungsprozess zu gestalten. In ihm sollen Praxiserfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse ausgewertet werden.

„Ziel muss sein, dass alle Schüler unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen und Vorerfahrungen zum Ende der Grundschule einen Grundwortschatz richtig lesen und schreiben können. Die Vermittlung von Lese- und Schreibkompetenzen als zentrale Fähigkeiten muss diesem Umstand Rechnung tragen“, sagt Franziska Baum, bildungspolitische Sprecherin der Freien Demokraten. Sie verweist darauf, dass in anderen Bundesländern durch die Bestimmung eines Grundwortschatzes bereits der Rahmen für den Rechtschreibunterricht neu bestimmt worden ist. In Nordrhein-Westfalen umfasst dieser Schatz genau 533 Wörter. Sie spiegeln alle grundschulrelevanten Rechtschreibphänomene der deutschen Sprache wider.

Auf die Frage, ob es zu Zeiten von Computern überhaupt noch auf Rechtschreibung ankommt, antwortet Franziska Baum: „Ich verweise hier gern auf die Programmiersprache. Beim Eingeben von Befehlen reicht bereits ein einfacher Tippfehler aus, und schon funktioniert das gesamte Programm nicht mehr. Insofern hat die gute alte Rechtschreibung sehr viel mit digitalem Arbeiten zu tun und bleibt wichtig.“



WO FREIHEIT BEGINNT UND WO SIE ENDET



Seit Monaten wird in Deutschland um die Rückgabe eingeschränkter Grundrechte debattiert. Robert-Martin Montag bezieht im Interview eine klare Position: Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze der Politik.

Herr Montag, ist Freiheit für Sie ein Geschenk?

Robert-Martin Montag: Natürlich. Denn Freiheit ist die Grundlage dafür, dass wir uns als Individuen entfalten und unser Leben selbstbestimmt in die Hand nehmen können. Nur dort, wo der Mensch frei ist von Ängsten und Zwang, entstehen echte Chancen zur Selbstverwirklichung. Freiheit bildet auch die Grundlage einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Diese hat nämlich nur dann Bestand, wenn die freie Entfaltung ihrer Mitglieder immer wieder aktiv gefördert und bewahrt wird. Wir können uns glücklich schätzen, in einem Land zu leben, in dem Freiheit Bestandteil der in der Verfassung verankerten Grundrechte ist.

Dann müssen wir für unsere Freiheit also nicht mehr kämpfen?

Sie ist alles andere als selbstverständlich, vielmehr muss sie für jeden und durch jeden Menschen immer wieder neu gewonnen und gesichert werden. Das hat uns die Corona-Krise sehr deutlich vor Augen geführt. Wenn Politiker die Rückgabe der Grundrechte als Geschenk bezeichnen, haben sie etwas Grundsätzliches nicht verstanden. Nämlich, dass diese Rechte uns immer zustehen und wir sie in unserem Rechtsstaat sogar einklagen können.

Trotzdem wurden Freiheitsrechte massiv eingeschränkt. Zu Unrecht?

Man darf sie in Ausnahmesituationen vorübergehend einschränken. In Politik und Gesellschaft gab es dafür in den letzten Monaten einen ziemlich großen Konsens. Doch die Diskussion um Verhältnismäßigkeiten darf nie unterbunden werden. Der lebendige Diskurs macht unsere Demokratie aus und schützt unsere Meinungsfreiheit, unsere persönlichen Freiräume und bewahrt uns vor staatlichen Machtmonopolen.

Wer vollständig geimpft ist, erhält bereits mehr Freiheiten. Verstehen Sie den Unmut der Nicht-Geimpften?

Selbstverständlich. Deshalb haben wir bereits vor Monaten viele Vorschläge zur Beschleunigung des Impffortschritts gemacht. Je schneller wir die Herdenimmunität erreichen, desto eher kehrt Normalität ein. Doch unsere Freiheitsrechte stehen uns nicht nur als Gemeinschaft zu, sondern vor allem jedem Einzelnen von uns. Die Krise hat uns allen viel Solidarität abverlangt. Als Nächstes müssen wir schauen: Welche Defizite hat uns Corona aufgezeigt, die wir dringend angehen müssen? Die Liste ist vom Bereich Bildung bis hin zur Digitalisierung aus unserer Sicht deutlich zu lang. Wir Freie Demokraten nehmen das als Ansporn, Dinge besser zu machen.

Die FDP hat bereits Ende 2020 eine Debatte um die Rückgabe der Grundrechte angestoßen. Erst im Frühjahr gab es dafür breite Zustimmung. Waren Sie vorschnell?

Nein. Wenn eine Regierung Freiheitsrechte einschränkt, dann muss sie jeden Tag aufs Neue begründen, warum sie dies tun möchte. Leider haben wir es in Thüringen mit einem sehr unsteten Ministerpräsidenten zu tun. Je nach Tageslaune sind seine Entscheidungen mal von Alarmismus geprägt, mal von naivem Leichtsin. Aus unserer Sicht war stets der Zwischenweg die richtige Lösung. Wir haben zahlreiche konstruktive Lösungswege aufgezeigt, die später auch Realität geworden sind: die verpflichtende Testung für Besucher und Personal in Pflegeheimen, Öffnungsschritte für Unternehmen mit Hygienekonzepten und die Einbindung der Hausärzte in die Impfkampagne.

Warum haben sich Ihre Forderungen nicht eher durchgesetzt?

In der Politik wird nach dem Mehrheitsprinzip entschieden. Deshalb ist es wichtig, eine Kraft zu stärken, die die Freiheit des Einzelnen in den Vordergrund stellt und sie auch verteidigt – die FDP.

Oha! Sie erheben also den Einzelnen über die Gemeinschaft...

Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze unserer Politik. Und natürlich endet die Freiheit des Einen dort, wo die des Anderen beginnt.

Was unterscheidet Ihr Freiheitsverständnis von dem anderer Parteien?

Um ihre gesellschaftspolitischen Ziele zu erreichen, sind viele vorschnell bereit, die Freiheit einzelner Menschen zu opfern. Gerade bei emotionalen Themen wie Umwelt- und Klimaschutz jedoch sollten wir nicht zulassen, dass noble Ziele und Freiheit gegeneinander ausgespielt werden. Das wäre nämlich sehr kurzsichtig gedacht und wird nicht zum Ziel führen. Die Kraft zur Lösung von Problemen liegt nicht in der Einschränkung von Freiheit, sondern vielmehr in ihrer Ermöglichung. Wissenschaft und Innovation sind ohne Freiheit unvorstellbar. Bei einigen scheint Freiheit zu Verunsicherung zu führen – das sollten wir ernstnehmen, dem jedoch auch entschieden entgegenzutreten. Wir brauchen Optimismus im Kampf gegen die Angst.



Freiheit ist wie die Luft zum Atmen. Erst wenn sie fehlt, merkt man, dass man sie braucht“, mahnte Guido Westerwelle auf dem FDP-Bundesparteitag im Jahr 2008. Er beanstandete, dass viel zu vielen in Deutschland die Freiheit zu selbstverständlich geworden war. Dabei hatte Karl Hermann Flach, der erste Generalsekretär der FDP, bereits Jahrzehnte zuvor gewarnt: „Die Freiheit stirbt zentimeterweise!“

Welche Freiheit hatte Westerwelle gemeint? „Ich meine nicht“, so antwortete er selbst, „die Freiheit, nach Mallorca fliegen zu dürfen. Und wir meinen auch nicht die Freiheit von Verantwortung, sondern wir meinen die Freiheit zur Verantwortung. Wir meinen die gefühlte und gelebte Freiheit zur Verantwortung für sich selbst und seine Nächsten.“ Mit dieser Haltung hat er eine ganze Generation inspiriert – und auch provoziert. Er war schlichtweg ein Optimist, der jeden Menschen zum Gebrauch seiner Freiheit bewegen wollte.

1980 hatte Guido Westerwelle begonnen, sich politisch zu engagieren. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Jungen Liberalen und wurde 1983 ihr Vorsitzender. Elf Jahre später wählte ihn der Bundesparteitag in Gera zum Generalsekretär der FDP. In dieser Funktion hatte er maßgeblichen Anteil an der Neuformulierung des Parteiprogramms, den Wiesbadener Grundsätzen.

Er hat damit der FDP ihr Wertegerüst zurückgegeben. Die Partei hatte sich zur damaligen Zeit weit von ihren Grundwerten entfernt, die Westerwelle bürgerliche Werte nannte: Zukunftsvertrauen, Freiheitsliebe, Toleranz, Respekt vor individueller Leistung und Eigentum. Er warnte vor einer Gefälligkeitspolitik, die in der

Gegenwart mehr verteilt, als die Gesellschaft erarbeiten kann. Damit trat er für eine Politik der Gerechtigkeit zwischen den Generationen ein. Diese liberalen politischen Grundsätze haben nichts an Aktualität verloren.

Im Amt des Generalsekretärs prägte er das Bild der Freien Demokraten in der Öffentlichkeit. Er glaubte an die Macht von Rede und Gegenrede sowie an den Wettbewerb der Ideen. Er war laut in Debatten, oft provozierend und abgrenzend. Seine politischen Mitbewerber schrieben ihm dennoch zu, dass er stets tolerant, wohlwollend und gesprächsbereit war. Er war ein guter Redner und ein guter Zuhörer. Mit Guido Westerwelle war die Stimme des Liberalismus unüberhörbar geworden. Als überzeugter Europäer und Friedenspolitiker formulierte er die Ziele für eine offene tolerante Gesellschaft so, dass sie von allen akzeptiert werden können. Er förderte junge Menschen, gab anderen Raum und Chancen. 2001 wurde er selbst zum bis dahin jüngsten Bundesvorsitzenden der Freien Demokraten gewählt. Fünf Jahre später wurde er Fraktionschef im Bundestag, später Bundesminister des Auswärtigen sowie Vizkanzler.

2014 machte Guido Westerwelle eine schwere Erkrankung öffentlich, der er 2016 erlag. Er hatte bis zuletzt die Freiheit geliebt, für sie gestritten und gekämpft.

DER FREIHEITS- KÄMPFER

Guido
Westerwelle
(1961 – 2016)



UNSERE ZUKUNFT SIND DIE GRÜNDER VON HEUTE

Noch nie in den vergangenen 20 Jahren wurden in Thüringen so wenige Unternehmen gegründet, wie in 2020. Die Zahl sank laut Statistischem Landesamt auf 8.342. Was sagt uns das? Unsere Gründerkultur braucht neue Maßstäbe, neue Wege. Am besten sofort.

„Während Start-ups in den USA in der Garage gegründet werden, müssen Gründer in Deutschland einen Behörden-Marathon absolvieren. Es muss endlich zeitgemäße Lösungen geben, die es ihnen erlauben, sich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren“, sagt Thomas L. Kemmerich. 75 Tage dauert eine Gründung in Deutschland im Schnitt. „Die Vielzahl an Terminvereinbarungen und Behördengängen im Zeitalter der Digitalisierung darf kein Alltag mehr sein!“ Denn Menschen mit Ideen und Innovationen sind für das wirtschaftliche Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes von zentraler Bedeutung. Estland geht mit bestem Beispiel voran, mit dem sogenannten One-Stop-Shop. Er macht das Gründen innerhalb von 24 Stunden möglich. „Daran müssen wir uns orientieren. Thüringen sollte innerhalb Deutschlands Maßstäbe setzen und ambitioniert vorangehen“, fordert der Fraktionsvorsitzende

Die FDP-Fraktion hat im Thüringer Landtag eine Gründer-Initiative gestartet. Sie fußt auf vier Säulen.

SÄULE 1 # UNTERNEHMENSNACHFOLGE ERLEICHTERN

Kleine und mittlere Unternehmen sind Garant für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen. Bis 2022 benötigen voraussichtlich 3.100 Unternehmen eine Nachfolge an der Spitze, so das Institut für Mittelstandsforschung. Umso wichtiger ist es deshalb, dass der Generationenübergang gelingt. Wir fordern die Einrichtung eines Thüringer Zukunftsfonds, der Unternehmen mehr Wagnis- und Risikokapital zur Verfügung stellt.

SÄULE 2 # GRÜNDERFITTE VERWALTUNG

Der Abbau bürokratischer Hürden ist das zentrale Thema, das wir im Hinblick auf eine zeitgemäße Verwaltung verfolgen. Wenn man Start-ups befragt, welches Hindernis bei der Unternehmensgründung besonders massiv ist, nennen die meisten die

Bürokratie. „Wir müssen dafür Sorge tragen, dass diese Hürde nicht dazu führt, dass unseren künftigen Unternehmern bereits in der Startphase die Puste ausgeht“, so Thomas L. Kemmerich.

SÄULE 3 # GRÜNDERFITTE WIRTSCHAFTSPOLITIK

3,2 Millionen Euro – diese Summe benötigt ein Start-up in Deutschland durchschnittlich. Laut einer Umfrage des Digitalverbands Bitcom steht nicht einmal jedem fünften deutschen Start-up ausreichend Kapital für die kommenden zwei Jahre zur Verfügung. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Start-ups ins Ausland abwandern, weil wir es verpasst haben, Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen“, so Kemmerich. Er fordert die Einrichtung eines Dachfonds.

SÄULE 4 # HOCHSCHULEN ALS GRÜNDERFITTE HOTSPOTS

„Wenn Gründungen während des Studiums vorgenommen werden, müssen Leistungen und Erfahrungen aus dieser unternehmerischen Tätigkeit in Form von Leistungspunkten angerechnet werden“, sagt Thomas L. Kemmerich. Vor allem aber gilt es, den Unternehmergeist an Thüringer Universitäten und Hochschulen weiter zu fördern. Da gerade junge Unternehmen Geld brauchen, fordert die FDP die Einrichtung eines hochschulgebundenen Investitionsfonds.



HAND IN HAND MIT DEM HANDWERK

Nahezu 30.000 Betriebe, 150.000 Beschäftigte und 6.400 Auszubildende gehören zum Thüringer Handwerk. Es ist ein bedeutender Arbeitgeber, Ausbilder und stabiler Wirtschaftsfaktor. Trotzdem fehlt ihm oft die Anerkennung für seine Leistung. Das möchten wir ändern.

Handwerk hat goldenen Boden. So besagt es eine weitverbreitete Redewendung. Doch was bedeutet sie? Viele meinen, der Satz spielt auf gute Verdienstmöglichkeiten an. Tatsächlich ist das Gegenteil gemeint. Die geflügelten Worte gehen auf einen Handwerker zurück, der in seinen Geldbeutel schaut. Weil er darin keine Münzen entdecken kann, hält er die Börse ins Licht. Plötzlich blinkt es darin doch noch golden – allerdings nur dank eines Sonnenstrahls, der sich auf dem Boden verfangen hat. Auch heutigen Handwerkern fehlt es oft an einer angemessenen Anerkennung für ihre Leistung. Sie erhalten weniger Lohn, weniger Rente als andere. Viele Menschen entscheiden sich für eine akademische Laufbahn, weil diese eine vermeintlich höhere Attraktivität ausstrahlt.

„Was wäre, wenn es keine Kfz-Mechatroniker mehr gäbe und keine Klempner, keine Augenoptiker und Uhrmacher, keine Bäcker und Fleischer? Wir alle kennen die Antwort. Und trotzdem spüren wir immer wieder, dass dem Handwerk nicht jener Stellenwert beigemessen wird, der seiner tatsächlichen Leistung entspricht“, sagt Thomas L. Kemmerich, Vorsitzender der FDP-Fraktion. „Deshalb gebührt diesen Menschen mehr Unterstützung als bisher. Wir Freien Demokraten wollen Hand in Hand mit dem Handwerk politische Lösungswege aufzeigen.“

WIR FORDERN EINEN WELPENSCHUTZ

Tausende Betriebsinhaber gehen in den Ruhestand und suchen dringend Nachfolger. Anstatt den Firmen mit der Übernahme den Bestandsschutz zu entziehen, sollte der Betriebsübergang zusätzlich erleichtert

werden. Für Nachfolger und Gründer wäre zum Beispiel ein bürokratiearmes erstes Jahr ideal. Vorschriften, die investitions- und beschäftigungshemmende Wirkung haben, gehören auf den Prüfstand. Auch wollen wir Förderprogramme an die häufig kleinteilige Struktur des Handwerks anpassen.

EIN MEISTER IST UNS SOVIEL WERT WIE EIN MASTER

Der Meistertitel bildet seit Generationen einen Grundpfeiler des Handwerks. Er steht für Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit und Qualität „Made in Germany.“ Der Weg zum Meistertitel ist dabei nicht immer leicht. Je nach Gewerk und Ort sind für den Meister Kosten bis zu 20.000 Euro möglich. Wir setzen uns für eine Erhöhung der Meisterprämie auf 4000 Euro ein. Gleichzeitig wollen wir sie sowohl Handwerks- als auch Industriemeistern gewähren.

WIR BRINGEN DIE FACHKRÄFTEGEWINNUNG VORAN

Eine offene Wahl von Lebensentwürfen erfordert eine Gleichberechtigung von akademischer und dualer Ausbildung. Hierzu muss landesweit ein attraktives Berufsschulnetz erhalten bleiben. In der Berufsorientierung kann der Kontakt zu Handwerksunternehmen nicht früh genug beginnen. Das System „Schule trifft Wirtschaft“ wollen wir ausbauen. In ganz Thüringen soll es Unternehmertage in den Schulen mit lokalen Handwerkern und Unternehmern geben.

AZUBIS SIND UNS SOVIEL WERT WIE STUDENTEN

Auszubildende, die aus einkommensschwächeren Familien kommen, möchten wir unterstützen. Sie sollen vom Land zum Ausbildungsbeginn 500 Euro erhalten – für Bücher, Laptops oder andere notwendige Anschaffungen. Studierende erhalten diesen Zuschuss bereits. Wir streben außerdem eine dauerhafte Fortführung des Azubi-Tickets und die Senkung von Versicherungskosten durch Einbezug von Azubis in die Familienversicherung an.



DIGITALISIERUNG DARF KEIN LIPPENBEKENNTNIS BLEIBEN

Thüringen verharrt noch immer im digitalen Steinzeitalter. Das hat uns die Pandemie stärker denn je vor Augen geführt. Digitalisierung ist kein Selbstzweck; sie ist eine Mega-Aufgabe, die unser aller Leben erleichtern wird. Deshalb sagt die FDP-Fraktion: Digitalisierung muss zur Chefsache werden.

Es war einmal ein Müller, der war arm, aber er hatte eine schöne Tochter. Nun traf es sich, dass er mit dem König zu sprechen kam, und um sich ein Ansehen zu geben, sagte er zu ihm: „Ich habe eine Tochter, die kann Stroh zu Gold spinnen.“ Der König sprach zum Müller: „Das ist eine Kunst, die mir wohl gefällt.“

Es war einmal, so fangen Märchen wie das vom Rumpelstilzchen immer an. Sie handeln von gestern. Geschichten von der Digitalisierung erzählen wir viel lieber mit dem Blick nach vorn. Sie handeln von morgen. Statt „es war einmal“ sagen wir „es wird einmal“. Doch wie weit greifen wir damit unserer Zeit voraus? Leben wir nicht längst im Zeitalter der Digitalisierung? Und wer ist es, der das analoge Stroh zum digitalen Gold zu spinnen versteht?

BEINAHE SCHLUSSLICHT

Der „Deutschland-Index Digitalisierung 2021“ stellt Thüringen ein schlechtes Zeugnis aus. Im Vergleich aller Bundesländer belegt der Freistaat nur den vorletzten Platz, wenn es um die Nutzung elektronischer Verwaltungsleistungen durch die Bürger geht. Bewertet wurden unter anderem digitale Verfahren zur Antragstellung auf Baugenehmigungen, zur Gewerbeanmeldung, zur Neuzulassung eines fabrikneuen Fahrzeugs, zur einfachen Melderegisterauskunft sowie die Auffindbarkeit eines Formulars für den Wohngeldantrag.

„Thüringen verharrt noch immer im digitalen Steinzeitalter“, sagt Thomas L. Kemmerich. Der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten macht kein Hehl daraus, wer dafür verantwortlich ist. „Seit mehr als sechs Jahren verschläft es die Landesregierung, die dringend erforderliche Digitalisierung in Bildung, Forschung und Verwaltung voranzutreiben.“ Kemmerich vermag Dutzende Beispiele aufzuzählen. Drei müssen hier – aus Platzgründen – genügen. Erstens: Es gibt keine einzige digitale Verwaltungsleistung, die der Freistaat Thüringen eingerichtet hat und die in allen Kommunen genutzt werden kann. Zweitens: Das sogenannte Schriftform-Erfordernis gehört auch während der Pandemie zum Alltag der Verwaltung. Nach wie vor muss man etwa im Bauamt E-Mails ausdrucken, stempeln und abheften. Drittens: Binnen eines Jahres ist es nicht gelungen,

eine Lernplattform bereitzustellen, die die Möglichkeiten des digitalen Unterrichtens anwenderfreundlich ausschöpft, obwohl ausreichend Gelder und Technologien zur Verfügung stehen.

Tatsächlich hat die Thüringer Landesregierung bereits vor fünf Jahren eine „Strategie für die Digitale Gesellschaft“ verabschiedet. In deren Vorwort heißt es: „Wenn wir über Digitalisierung sprechen, geht es nicht um das Ob, sondern um das Wie – wollen wir aktiv die Chancen und Risiken gestalten oder wird Thüringen von der Entwicklung eingeholt?“ Vom Bündeln aller Kräfte und Ressourcen ist die Rede, auch das gemeinsame Voranbringen zukunftsweisender Projekte wird vollmundig beschworen. Die Realität sieht allerdings anders aus. Das zumindest geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag hervor. Die 302 Seiten, die bezeichnenderweise ausgedruckt überreicht wurden, zeigen klipp und klar auf: Die Landesregierung hat ein massives Umsetzungsproblem.

Das erweist sich insbesondere daran, dass für die Thüringer Digital-Strategie fünf Ministerien zuständig sind. An sich ist diese Vielzahl kein Problem. Allerdings gehört das Finanzministerium nicht zu diesem Kreis. Da-



„Leuchtturm-Projekte sind gut, aber sie sind zu wenig! Die Konzentration auf digitale Vorzeigeprojekte in großen Städten hängt diejenigen, die jetzt schon wenig bis gar nicht am digitalen Leben teilnehmen, weiter ab. Was wir brauchen ist Fortschritt für Alle!“

Thomas L. Kemmerich

bei ist ausgerechnet in ihm der Beauftragte des Freistaats für E-Government und IT ansässig; der sogenannte CIO bekleidet immerhin den Rang eines Staatssekretärs. „Kompetenzgerangel und gegenseitiges Fingerzeigen zwischen den Behörden sind die Folge. Wichtige Aufgaben werden nicht oder nur halbherzig gelöst“, resümiert Thomas L. Kemmerich. „Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass es angesichts

der Vielzahl an Digitalisierungsvorhaben klare Priorisierungen braucht.“ Für ihn ist es eine logische Konsequenz, dass die Digitalisierung zur Chefsache wird. „Thüringens Ministerpräsident muss ein Digitalministerpräsident sein!“ Der CIO sollte deshalb unbedingt in der Staatskanzlei angesiedelt werden – und mit ihm solche Institutionen wie die Digitalagentur und das Kompetenzzentrum Verwaltung 4.0.

„Die Digitalisierung erhält somit den Stellenwert, den sie haben muss, um Nutzen für den Freistaat zu bringen. Eine konsequente Digitalisierung in der Verwaltung ist außerdem gleichbedeutend mit einem Konjunkturpaket, das den Neustart nach der Pandemie unterstützen kann. Viele Behördengänge könnten vereinfacht werden und uns allen viel Bürokratie, Zeit und Geld ersparen. Davon profitieren nicht nur die Bürger und die Unternehmen, sondern selbstverständlich auch die Behörden selbst.“

Im Märchen vom Rumpelstilzchen ist es ein Männlein, das Stroh mit Zauberkräften zu Gold spinnst. Braucht es, um die Digitalisierung in Thüringen voranzubringen, ebenfalls Hokuspokus? Kemmerichs Mundwinkel umspielt ein feines Lächeln. Führungsstärke, so sagt er, sollte genügen.

SCHLUSS MIT DER ZETTELWIRTSCHAFT

Es macht überhaupt keinen Sinn, dass Bürger, Institutionen und Unternehmen ihre meist am Computer erstellten Unterlagen als Ausdruck in Behörden einreichen müssen, ehe die öffentliche Verwaltung sie dann teuer wieder scannt. Digitale Verwaltungsleistungen – das sogenannte E-Government – sind ein wesentlicher Baustein hin zu einem leistungsfähigen Bundesland. Es reicht aber nicht aus, schlechte analoge Prozesse einfach nur zu digitalisieren. Sonst werden daraus schlechte digitale Prozesse. Deshalb brauchen wir zuerst einen Bürokratie-Kassensturz auf allen Ebenen. Das bedeutet, ein Prozess wird verschlankt und erst dann auf die digitalen Möglichkeiten angepasst.

Wir wollen zugleich analysieren, wo derzeit Schriftformerfordernisse zu finden sind. Dann stellen wir die Frage, ob wir sie überhaupt noch brauchen. Wer einmal gründlich aufräumt, erspart sich viel Arbeit in der Zukunft! Das Ziel muss sein, nur in Ausnahmefällen auf die Papierform angewiesen zu sein.

Ein besonderes Augenmerk legen wir hierbei auf Authentifizierungen. Digitale Unterschriften sind häufig kompliziert zu leisten. Viele Nutzer haben die technischen Voraussetzungen wie die „eID“ nicht. Wir möchten unkompliziertere Varianten der Authentifizierung erproben, wie sie sich beispielsweise beim

Online-Banking bewährt haben. Sicherheitsstandards, die für eine Überweisung ausreichen, müssen auch genügen, um beispielsweise einen Angelschein zu beantragen.

Außerdem ist das bereits bestehende Thüringer Service-Konto auszubauen. Auf ihm können Verwaltungsleistungen beantragt werden. Noch bietet es nur eine eingeschränkte Funktionalität. Wohl auch deshalb ist das Service-Konto leider weitgehend unbekannt in der Bevölkerung. Unter anderem muss dieses Online-Portal mit weit mehr Anwendungen aus Kommunalverwaltungen kompatibel werden als bisher.



WER DAS LAND ERNÄHRT, VERDIENT RESPEKT

Die Agrarpolitik ist und bleibt ein heikles Thema. Dabei geht es nicht allein um Tierwohl und Umweltschutz, sondern ebenso um den Beitrag, den die Landwirte zum Erhalt unserer Kulturlandschaft leisten. Daher setzt sich die FDP-Fraktion für eine zukunfts- und marktorientierte Landwirtschaft ein.

Glückliche Tiere auf einer grünen Weide – da ist die Welt noch in Ordnung. Oder auch nicht. Aller fünf Jahre ist es vorbei mit dem Idyll. Dann rollen gezwungenermaßen die Traktoren an und pflügen das Grün unter. „Schuld daran ist ein bürokratisches Monster“, kommentiert Dirk Bergner, agrarpolitischer Sprecher der Freien Demokraten. Die sogenannte Grünland-Verordnung besagt: Felder, die zwischenzeitlich als Grünland genutzt werden, verlieren nach fünf Jahren ihren Status als Ackerland. Sie dürfen danach nicht wieder für den Anbau genutzt werden, weder für Getreide noch Hackfrüchte oder

Gemüse. Letztlich bedeutet dies einen unglaublichen Wertverlust für die landwirtschaftlichen Betriebe. Warum? Ganz klar: Ackerflächen sind etwa drei Mal so teuer wie Weideflächen. „Aber natürlich wissen sich die Bauern zu helfen“, weiß Bergner. „Wenn sie kurz vor Ablauf der 5-Jahres-Frist ihr bestehendes Grünland umpflügen und auf der gleichen Fläche sogleich wieder neues Grünland ansäen, tun sie den Vorschriften genüge. Doch ist dies wirklich erforderlich? Gerade aus umweltbiologischer Sicht lautet die Antwort eindeutig Nein. Es dauert einige Zeit, bis nach der Neuansaat der Pflanzenbestand wieder eine dichte Narbe bildet. Eine solche ist jedoch die Grundvoraussetzung für eine ökologische Weidenutzung.“

Für Bergner ist klar: Die ursprüngliche Absicht der Verordnung, nämlich Grünflächen möglichst lange zu erhalten, verkehrt sich genau in ihr Gegenteil. Deshalb haben die Freien Demokraten einen Antrag in den Thüringer Landtag eingebracht. Er fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Änderung der gesetzlichen Regelungen einzusetzen. Dieser Antrag ist Teil einer umfangreichen Initiative, die unter dem Motto steht: Wer das Land ernährt, verdient Respekt. Die fünf Einzelanträge verbindet, dass sie auf eine zukunfts- und marktorientierte Landwirtschaft

abzielen. „Wir setzen uns dafür ein, dass die Bauern im Einklang mit der Natur wirtschaften und Umweltauflagen einhalten. Aber gleichermaßen wollen wir verhindern, dass ihnen scharfe Auflagen und Einschränkungen auferlegt werden, die jeder guten fachlichen Praxis widersprechen und zudem noch eine zweifelhafte Wirkung auf Umwelt- und Naturschutz haben“, betont Dirk Bergner. Dazu gehört, dass die hochumstrittene Düngemittelverordnung wissenschaftlich überprüft wird. Die bisherigen Festlegungen basieren – leider – auf Daten aus einem nicht repräsentativen Messstellennetz. Findet die pauschale Minus-20-Prozent-Regelung auch bei der Düngung ihre Anwendung, stehen den Bauern erhebliche Qualitätsverluste gerade beim Weizenanbau bevor.



DAS GRÜNE HERZ SCHÜTZEN

Die von der FDP-Fraktion initiierte Änderung des Thüringer Waldgesetzes ist beschlossene Sache. Es dürfen somit keine neuen Windkraftanlagen in unseren Wäldern errichtet werden. Doch um den Wald dauerhaft zu schützen, bedarf es weiterer Anstrengungen. Deshalb haben wir erneut die parlamentarische Initiative ergriffen.

Das grüne Herz schützen – unter diesem verbindenden Motto stehen drei Anträge, die die FDP-Fraktion in den Thüringer Landtag eingebracht hat. „Man kann es nicht oft genug betonen: Für das Klima, als Ort der Erholung und auch als Wirtschaftsfaktor sind unsere Wälder unersetzbar. Doch nur noch 15 Prozent des Baumbestandes in Thüringen gelten als gesund und vital. Stürme und hohe Temperaturen setzen dem Wald ebenso zu wie Schädlingsbefall und Brände“, sagt Dirk Bergner. Er ist der forstpolitische Sprecher der Freien Demokraten. Zu den von ihm vorgetragenen Forderungen der Fraktion gehört, dass die Landesregierung eine „Task-Force Wald“ bildet. Dirk Bergner begründet dies so: „Sowohl angesichts des Waldzustandes als auch einer komplexen Gemengelage von Zuständigkeiten ist es wichtig, eine

koordinierende Instanz unter Beteiligung aller betroffenen Akteure zu etablieren. Aufgabe der Task Force soll sein, eine verbindliche Waldstrategie für Thüringen zu erarbeiten. Sie steht für schlanke Entscheidungsstrukturen bei der Schadensbeseitigung sowie der Aufforstung und übernimmt die organisatorische Abwicklung von akuten Hilfsmaßnahmen.“ Neben Experten aus Landesbehörden sollen dieser Arbeitsgruppe auch Vertreter der Waldbesitzer, der Holzwirtschaft und Spezialisten für Waldgesundheit angehören. Die FDP-Fraktion setzt sich dafür ein, die aufgetretenen Waldschäden als ein außergewöhnliches Ereignis von landesweiter Relevanz anzuerkennen. Als Reaktion auf die Situation reicht es nicht aus, nur den öffentlich-rechtlichen ThüringenForst mit immer neuen Geldern auszustatten. Vielmehr muss ein Maßnahmenpaket ergriffen werden, um selbst die kleinen Waldbesitzer unterstützen zu können. Dazu gehört die unbürokratische

„Dem Schutz der Thüringer Wälder sollten wir uns alle verpflichtet fühlen – auch für die kommenden Generationen.“

Dirk Bergner

Bereitstellung zusätzlicher Mittel aus dem Landeshaushalt für die Schadensbeseitigung. Damit wird letztlich auch die tragende Rolle beim Klimaschutz honoriert. „Kein anderer Wirtschaftszweig ist in der Lage, Kohlendioxid auf natürliche Weise, insbesondere durch Aufforstung und nachhaltige Bewirtschaftung, langfristig zu binden“, betont Dirk Bergner.



MIT GESUNDEM MENSCHENVERSTAND

Es gibt Sätze, die klingen so selbstverständlich, dass man meinen könnte, sie nicht eigens aussprechen zu müssen. Dieser Satz gehört dazu: Alle Menschen müssen im Krankheitsfall eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung erhalten. Tatsächlich ist er alles andere als selbstverständlich. Daran, dass er es wird, arbeiten wir mit Nachdruck.

Robert-Martin Montag ist ein Mann, der es sich als Gesundheitspolitiker einfach machen könnte. Als Oppositioneller ließe sich sein Alltag allein schon damit ausfüllen, die Landesregierung zu kritisieren. Doch immer nur mit dem Finger auf Defizite zu zeigen, das ist seine Sache nicht. Dazu verspürt Montag viel zu sehr Verantwortungsbewusstsein. Er möchte Perspektiven aufzeigen, er möchte das Land voranbringen. Drei von ihm angestoßene Initiativen zeigen dies stellvertretend auf.

1. Die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum dauerhaft zu sichern, ist eine enorme Herausforderung. „Das Durchschnittsalter der Ärzte liegt bei 54 Jahren. Etwa die Hälfte der Zahnärzte wird binnen weniger Jahre nicht mehr praktizieren, häufig fehlen Nachfolger. Ähnlich ist es bei Apotheken. Das ist eine dramatische Entwicklung. Wir müssen unbedingt gegensteuern“, sagt Robert-Martin Montag. Die FDP-Fraktion hat einen Antrag ins Parlament eingebracht. Er sieht vor, dass Pharmazeuten und Zahnärzte, so wie bereits Ärzte, in die Niederlassungsförderung aufgenommen werden.

2. Extreme Müdigkeit, Gelenkschmerzen sowie der Verlust von Geruchs- und Geschmackssinn gehören zu den möglichen Langzeitfolgen von Covid-19. Noch ist über das Krankheitsbild viel zu wenig bekannt. Deshalb hat Robert-Martin Montag ein bundesweites Pilotprojekt angestoßen.

Unter Beteiligung der Universität Jena soll ein Forschungszentrum entstehen. Typisch für Montags Arbeitsweise ist, dass seinem Vorschlag umfangreiche Absprachen mit Experten des bundesweiten „Netzwerks Universitätsmedizin“ vorangegangen sind. Herausgekommen ist ein klar strukturierter Forschungsansatz. „Das Entscheidende ist und bleibt, Therapien zu entwickeln und die unter Long-Covid leidenden Menschen hochqualifiziert zu versorgen“, betont der Gesundheitspolitiker.

3. Mit Muttermilch oder Spendermilch ernährte Frühgeborene leiden deutlich seltener an schwerwiegenden, oft tödlich verlaufenden Darmproblemen als diejenigen, die mit künstlicher Säuglingsnahrung ernährt werden. Zudem trägt Muttermilch zum Schutz vor Infektionen bei. Leider decken die Spenden nicht den Bedarf ab. Robert-Martin Montag sagt: „Wir brauchen eine landesweite Informationskampagne, die gemeinsam mit Partnern aus dem Gesundheitswesen entwickelt werden sollte.“ Außerdem sieht eine parlamentarische Initiative der FDP vor, dass das Land die Einrichtung weiterer Frauenmilchbanken durch Anschubfinanzierungen forciert. Bisher gibt es erst drei solcher Banken.



EIN APFEL AM TAG IST ZU WENIG!

„One apple a day, keeps the doctor away“. So ziemlich jeder kennt diesen Satz. Viele schenken ihm Glauben. Doch bedeutet Gesundheitsvorsorge nicht mehr, als nur Obst zu essen? Und wie kann die Politik aktiv dazu beitragen, die Voraussetzungen für ein gesundes Leben zu schaffen?

Unsere Lebensqualität wird maßgeblich von unserer Gesundheit beeinflusst. Sie ist die Grundlage menschlichen Wohlbefindens und Grundvoraussetzung für eine selbstbestimmte Persönlichkeitsentwicklung. Um diese Lebensqualität im Alltag zu erhalten und zu verbessern, bedarf es einer bestimmten Fähigkeit. Die Rede ist von Gesundheitskompetenz.

Eine hohe Gesundheitskompetenz versetzt Bürger in die Lage, gesundheitsrelevante Informationen selbstständig zu finden, zu verstehen, einzuschätzen und zu nutzen - sowohl vom Arzt, als auch aus dem Internet oder digitalen Anwendungen wie Gesundheitsapps. Laut einer repräsentativen Studie der AOK Plus zu digitaler Gesundheitskompetenz vom Dezember 2020 hat jeder Zweite in Thüringen jedoch

genau darin Schwierigkeiten. Das zu ändern, hat sich Robert-Martin Montag auf die Fahne geschrieben. Sein Ziel ist, Menschen auf den Weg selbstbestimmter und eigenverantwortlicher Entscheidungen über deren Gesundheit zu bringen. Mittels zweier Ansätze soll dieses Vorhaben vorangebracht werden.

„Das Bewusstsein für die Themen rund um Gesundheit muss bereits im Kindesalter geschaffen werden, da hier die Grundlagen für entsprechende Fähigkeiten gelegt werden und sich im weiteren Lebensverlauf festigen“, betont Robert-Martin Montag. Kinder und Jugendliche gehören zu den wichtigsten Zielgruppen der frühen Gesundheitsförderung. Maßnahmen zur gesunden Ernährung, zur Reduzierung von Stress sowie zum Ausbau eben jener Fähigkeit, der Gesundheitskompetenz, sind nur einige Beispiele. Montag fordert aus diesem Grund, ein „Landesprogramm Gesundheitsförderung für Kinder“ zu entwickeln. Es soll auch ein Augenmerk auf alle mitarbeitenden Personen in den Kindergärten und Schulen in Thüringen legen.

Nicht nur die Informationsbeschaffung findet heute vorwiegend online statt. Auch digitale



Gesundheitsangebote und individuelle Services im Bereich Medizin gewinnen immer mehr an Bedeutung. Robert-Martin Montag sagt: „Dabei muss die Digitalisierung stets ausgehend von den Patienten gedacht und gestaltet werden.“ Um zu derartigen Angeboten wie Onlinesprechstunden überhaupt Zugang zu erhalten, muss jedoch zunächst das Verständnis für sogenannte e-Health-Anwendungen sichergestellt werden. Dazu hat die FDP-Fraktion einen Antrag ins Parlament eingebracht. Unter Einbeziehung der besonders relevanten Zielgruppe der über 65-jährigen, gilt es, Strategien zu entwickeln. Denn: „Um gut informierte Entscheidungen zu treffen, müssen die Patienten über ein Mindestmaß grundlegender digitaler Gesundheits- und Medienkompetenzen verfügen“, ist Montag überzeugt. Eine digitale Spaltung der Gesellschaft muss unbedingt vermieden werden.

Die Gesundheitskompetenz ist nicht nur für den Einzelnen, sondern für die Gesundheitskompetenz unserer Gesellschaft insgesamt von großer Bedeutung. Der Weg zum selbstbestimmten Patienten ist steinig, aber er ist machbar. Wie immer sind es aber die kleinen Schritte, die eine Veränderung bewirken.

EIN SMARTER HAUSHALT IST EIN MUSS!

Die Freien Demokraten stehen für eine Politik, die rechnen kann. Deshalb gilt für den Landeshaushalt eine klare Prämisse. Er muss gleichermaßen realistisch und ambitioniert sein.



„Wir dürfen nicht Budgets als Beruhigungspillen zur Verfügung stellen und dann ein Regelmonster dahinter setzen, das den Abruf unmöglich macht.“

Dr. Ute Bergner

Exakt 11.987.334.500 Euro möchte der Freistaat Thüringen in diesem Jahr ausgeben. So sieht es der Haushaltsplan des Landes vor. „Es ist die vorrangigste Aufgabe der Landesregierung, dafür zu sorgen, dass das Geld zum Wohle der Thüringerinnen und Thüringer und vor allen Dingen zukunftsorientiert und ressourcenachtsam eingesetzt wird“, sagt Dr. Ute Bergner, finanzpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion.

Sie hat die Regierung aufgefordert, Budgets nicht als Beruhigungspillen vorsorglich in den Landeshaushalt einzustellen, wenn es dafür keine konkret geplanten Maßnahmen gibt. „So wurden zwar Budgets für Investitionen in digitale Infrastruktur zur Verfügung gestellt, aber nicht ausgeschöpft. Dabei wird mir zu wenig nach den Ursachen gefragt. Der Köder muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler!“ Eltern von schulpflichtigen Kindern spüren deutlich in der Pandemie, was Dr. Bergner damit meint.

Für die Digitalisierung der Schulen stehen zwar Gelder zur Verfügung, sie kommen aber nicht an. Die Finanzpolitikerin sieht im bürokratischen Vergabegesetz eine wesentliche Ursache für dieses Problem. Ähnlich verhält es sich bei den Zuweisungen für kommunale

Vorhaben zu Klimaschutz und Klimafolgen. Dort werden Unterstützungsmaßnahmen entsprechend dem Klimapaket laut §8 Absatz 2 des Thüringer Klimagesetzes benannt. Genau dieses Klimapaket ist aber noch gar nicht festgeschrieben.

Über die Verwendung der fast 12 Milliarden Euro hat der Landtag neun Stunden im Plenum debattiert. Das klingt nach wenig, relativiert sich aber. Allein 43 Stunden beriet zuvor der Fachausschuss. Die FDP-Fraktion wiederum hat den Haushaltsentwurf der Regierung intensiv in einer Haushaltsklausur beraten und darauf mit 347 gegenfinanzierten Änderungsanträgen reagiert. Warum derart viele? Gerade in der gegenwärtig angespannten Situation ist es wichtig, Finanzmittel wirksam einzusetzen. „Der Staat und wir Abgeordnete sind es den Bürgern schuldig, verantwortungsvoll mit Steuergeldern umzugehen“, sagt Dr. Ute Bergner. „Voraussetzung dafür ist und bleibt ein smarter Haushaltsplan.“

ERFOLGREICH IN DER OPPOSITION

Landtagsabgeordnete machen Landespolitik, Mitglieder des Bundestags kümmern sich um Bundespolitik. Nein, ganz so einfach lassen sich die Aufgaben nicht abgrenzen. Viele Themen überschneiden sich. Auch deshalb arbeiten die FDP-Fraktion des Landtags und die Thüringer Abgeordneten in Berlin eng zusammen.

Im Land wie im Bund steht die FDP in der Opposition. Was heißt dies genau? Das Wort Opposition bedeutet, sich entgegenzustellen. Offene Gegenreden im Bundes- und Landtag machen den Menschen klar, dass es auch andere Meinungen als die der Regierung gibt. Doch zu den Aufgaben der Opposition gehört nicht allein, der Regierung auf die Finger zu klopfen. Ebenso wichtig ist, Alternativen zu deren Gesetzesvorhaben anzubieten. Zur Bilanz von anderthalb Jahren Opposition im Landtag gehören fast 100 Anträge und Gesetzesinitiativen.

Das Zusammenspiel von Bundes- und Landesopposition beginnt bei den Freien Demokraten täglich mit einer kurzen Telefonkonferenz. Die Thüringer Landtagsabgeordneten besprechen dann mit dem Bundespolitiker Gerald Ullrich das tagesaktuelle Geschehen im Land. Umgekehrt informiert er über die politische Agenda in Berlin.



Freie Demokraten unter sich: Landespolitiker Thomas L. Kemmerich und der Südtüringener Bundestagsabgeordnete Gerald Ullrich.

Ein Beispiel für das Funktionieren dieser Absprachen zeigt sich beim Kurzarbeitergeld in der Pandemie. Die Regelungen sahen vor, dass ab dem 1. Juli 2021 die Lohnnebenkosten für viele Unternehmen nur noch zur Hälfte bezahlt werden. Nur Unternehmen, die aus- und fortbilden, sollten weiterhin 100 % erstattet bekommen. Erhebliche Konsequenzen für kleine und mittelständische Unternehmen waren zu befürchten. Den Stein ins Rollen brachten besorgte Anfragen von Unternehmern an den Thüringer Fraktionschef Thomas Kemmerich. Er leitete das Thema sofort an Ullrich nach Berlin weiter. Für beide war klar, dass sie handeln müssen, um letztlich eine Entlassungswelle zu verhindern.

Das Beispiel zeigt einmal mehr: Die FDP ist zwar nah dran am Wirtschaftsgeschehen, doch dabei steht nicht, wie von Rot-Rot-Grünern behauptet wird, allein das Wohlergehen von Unternehmern im Fokus. Geht es den

Firmen gut, geht es auch Hunderttausenden Beschäftigten gut. Dennoch stirbt jeden Tag ein Stück Mittelstand in Thüringen, weil es Gesetze und Vorschriften gibt, die nicht viel mit der Lebenswirklichkeit von Handwerkern und Familienunternehmen gemein haben. Ihnen droht, vor einem nichtnachvollziehbaren Wust an Vorschriften kapitulieren zu müssen. Die Landtagsfraktion unterbreitet deshalb immer wieder konstruktive Vorschläge zum Bürokratieabbau.

Aber auch mit einer Tourismus-Initiative wollen die Landes- und Bundespolitiker der FDP neuen Schwung nach Thüringen bringen. Wesentliche Gelder kommen vom Bund, während das Land den konkreten Einsatz der Mittel realisieren muss. Die Landtagsfraktion wird streng darauf achten, dass die Millionen nicht, wie beispielsweise bei der Thüringer Tourismus-App geschehen, in unwirtschaftliche Projekte fließen und zu Millionengräbern werden.

IMPRESSUM

Ja zu Thüringen! – Das Journal der FDP Fraktion im Thüringer Landtag

Herausgeber: FDP Fraktion im Thüringer Landtag
Redaktion: Juliane Schilde, Annett Hänel, Mirko Krüger (verantwortlich)

Adresse: FDP Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Tel.: (03 61) 37 72 799

E-Mail: presse@freiedemokraten-landtag.de

Druck: GD Gotha Druck und Verpackung GmbH & Co.KG

Diese Publikation ist auf Umweltpapier gedruckt und ist kostenfrei zu beziehen. Der Weiterverkauf ist untersagt.

www.freiedemokraten-landtag.de



Bildnachweis: S. 1: Guido Werner / iStock / David Ziegler S. 2: Kristin Döpel-Rabe / iStock / David Ziegler S. 4: Miriam Maya y Rios-Bráske S. 5: Juliane Schilde S. 6: AdobeStock / Konstantin Yegorov, Sandro Juedicke / Whitebox S. 8: Kristin Döpel-Rabe S. 9: DPA / Picture Alliance S. 10: Kristin Döpel-Rabe S. 12: AdobeStock / Alexander Limbach S. 13: Guido Werner / iStock / Inalrappas S. 14: AdobeStock / Countrypixel S. 15: Juliane Schilde S. 16: Louise Schulze S. 17: iStock / Roman Samokhin S. 18: Kristin Döpel-Rabe S. 19: Melissa Holzer S. 20: iStock / zakhar



FDP.Fraktion.TH



fdp_fraktion_th



@FDPFraktionTH

PREISRÄTSEL

Viel Spaß mit unserem Kreuzworträtsel! Der Lösungssatz fasst in sechs Wörtern zusammen, vor welcher Herausforderung unsere Gesellschaft steht. Unter allen Einsendern der richtigen Lösung verlosen wir 10 Exemplare von Wolfgang Kubickis Buch „Meinungsunfreiheit – Das gefährliche Spiel mit der Demokratie“. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2021.

Schreiben Sie bitte per E-Mail an preisraetsel@freiedemokraten-landtag.de oder per Post an FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Weinlager, -handlung	kurz für Deodorant	Primelgewächs	Honigbiene	Zeitungsanzeige	ein Bindewort	span. Wand, Windschirm	Nordbrite	Lebenskreis	Hundezuchtbetrieb	Bankansturm (engl.)	drolliger Luftsprung
Stadt in den Niederlanden			Fahrgast					vor allem, besonders			
Ruf; Nachrede					Geliebte des Romeo	Spaßmacher im Zirkus				unwohl	Kurzschrift (Kurzwort)
Feldbahnwagen			Einheit der elektrischen Spannung	luxuriöses Schiff				Froschlurch	schweiz. männl. Vorname		
ländl. Zugmaschine	Vorfahr	Vulkan bei Neapel (1281 m)				Laut eines Esels	nah				
				Führung, Direktion					Windstoß		
Lebensbund		mehrlag. Werkstoff (Bodenbelag)					Kugelspiel, Sportart				
Federbettenstoff				Bew. der griech. Hauptstadt					Papstname		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----

SIE MÖCHTEN NOCH MEHR ÜBER UNS ERFAHREN?

Dann laden wir Sie ein, sich tagesaktuell zu informieren auf unseren Social Media Kanälen.



 FDP.Fraktion.TH
  fdp_fraktion_th
  @FDPFraktionTH